Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 09.06.2020

Dezernat: I / Büro der
Stadtvertretung
Bearbeiter/in: Herr Nemitz
Telefon: 545-1021

Informationsvorlage Drucksache Nr.

00170/2019/PE

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Prüfantrag | Nichtraucherschutz an Haltestellen des Schweriner Nahverkehrs

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung nimmt das Ergebnis zur Kenntnis.

Begründung

Die Stadtvertretung hat in ihrer 4. Sitzung am 02.12.2019 unter TOP 43.1 zu Drucksache 00170/2019 Folgendes beschlossen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob es möglich ist, ein Rauchverbot in den Wartehäuschen des Schweriner Nahverkehrs einzurichten und wo möglich Raucherbereiche an öffentlichen Plätzen zu markieren.

Hierzu wird mitgeteilt:

Das Thema wurde bereits in einer Petition an den Deutschen Bundestag „Rauchverbot im Umkreis von Haltestellen des ÖPNV“ vom 7. April 2011 (Petition 17593, abgeschlossen) behandelt.

Entsprechend der Petition sollte der Deutsche Bundestag beschließen, dass das Rauchen im näheren Umkreis von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel gesetzlich verboten wird. Zur Begründung wurde vorgetragen, dass besonders an Bushaltestellen öffentlicher Verkehrsmittel eine starke Belastung durch Zigarettenrauch bestehe. Es gebe kaum Möglichkeiten, sich dieser Belastung zu entziehen, da man ansonsten das Verpassen des Verkehrsmittels riskiere. Insbesondere seien hier Kinder gefährdet, die sich in der Regel der Schädlichkeit des Rauchens noch nicht bewusst seien.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich auf der Grundlage einer

Stellungnahme des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) wie folgt dar:

Der Petitionsausschuss weist darauf hin, dass bereits Regelungen des Bundes für einen effektiven Nichtraucherenschutz getroffen wurden. Im "Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens" vom 20. Juli 2007 (BGBl. I S. 1595), das am 1. September 2007 in Kraft trat, wurde der Nichtraucherenschutz mit dem darin enthaltenen "Gesetz zur Einführung eines Rauchverbotes in Einrichtungen des Bundes und öffentlichen Verkehrsmitteln" (Bundesnichtraucherschutzgesetz – BNichtrSchG) und weiteren Rechtsänderungen für die Bereiche geregelt, für die der Bund nach dem Grundgesetz zuständig ist.

Zur Verbesserung des Nichtraucherenschutzes in den Bundesländern haben sich die Gesundheitsminister der Länder im Februar 2007 darauf verständigt, in den Bereichen, für die die Länder Verantwortung tragen, Regelungen für einen besseren Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren des Passivrauchens zu treffen. In den Zuständigkeitsbereich der Länder fallen landeseigene bzw. kommunale Einrichtungen und Behörden, Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Sportstätten u. ä. und die Gastronomie. Seit dem 1. Juli 2008 sind in allen Bundesländern Nichtraucherchutzgesetze in Kraft. Bund und Länder haben somit in vielfältiger Weise von der Befugnis Gebrauch gemacht, das Rauchen in bestimmten Bereichen zu untersagen oder einzuschränken. Es handelt sich um Einrichtungen und geschlossene Räume in unterschiedlichen Bereichen des täglichen Lebens, die öffentlich zugänglich sind. Hier sollen Nichtraucher vor den Gefahren des Passivrauchens wirksam geschützt werden. Der Petitionsausschuss weist darauf hin, dass sich beim Nichtraucherenschutz der Gesetzgeber im Spannungsfeld verschiedener, miteinander konkurrierender Grundrechtspositionen bewegt. Zu beachten sind die allgemeine Handlungsfreiheit der Raucher, die Berufsfreiheit sowie die Pflicht des Staates, die Gesundheit seiner Bürger vor Gefährdungen zu schützen. Einschränkungen für Raucher und das Gewicht des mit dem Rauchverbot verfolgten Zieles müssen gegeneinander abgewogen werden. Dies ist nach Aussage des BMG gegenüber dem Petitionsausschuss mit den dargestellten Regelungen in angemessener, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wahrender Weise geschehen. Eine Ausweitung von Rauchverboten auf öffentlichen Straßen und Plätzen sowie Bushaltestellen ist daher nach Aussage des BMG nicht geplant. Der Petitionsausschuss anerkennt die mit der Eingabe verfolgte Zielsetzung. Angesichts der dargestellten, vom Bund und den Bundesländern getroffenen gesetzlichen Maßnahmen kann er indes nicht in Aussicht stellen, im Sinne des in der Petition vorgetragenen Anliegens tätig zu werden. Die Petition wurde 8. November 2012 abgeschlossen.

Eine Rechtsgrundlage für ein übergreifendes Verbot ist somit weder im BNichtrSchG noch im Nichtraucherchutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern (NichtRSchutzG M-V) gegeben.

Eine entsprechende Rechtsgrundlage könnte auch nicht eigenständig auf kommunaler Ebene geschaffen werden: „Ein generelles kommunales Rauchverbot an Bushaltestellen mittels Satzung oder durch eine entsprechende Ausgestaltung der straßenrechtlichen Widmungen kommt nicht in Betracht. Entsprechende Regelungen würden den Kompetenzbereich, den die kommunale Selbstverwaltungsgarantie nach Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz (GG) einräumt, überdehnen. Zwar können Gemeinden die Nutzung ihrer Einrichtungen im Rahmen der Selbstverwaltung ausgestalten; ihnen obliegt es jedoch nicht, allgemeinpolitische Ziele zu verfolgen. Ein generelles Rauchverbot an Bushaltestellen würde jedoch ein solches allgemeinpolitische Ziel darstellen.“ (Stellungnahme Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages, Ausarbeitung WD 3 - 3000 - 063/17, 14. März 2017, abrufbar unter [Wissenschaftliche Dienste](#)).

Möglich bleibt ein Rauchverbot in Form einer gefahrenabwehrrechtlichen Verordnung nach § 17 Sicherheits- und Ordnungsgesetz - SOG M-V. Das ist aber nur anlassbezogen möglich und setzt eine Gefahrenlage im Einzelfall voraus (z. B.: OVG Magdeburg, Urteil vom 17. März 2010 - 3 K 319/09 „Alkoholverbot bei einer von Kindern stark frequentierten

Haltestelle“).

Die Nahverkehr Schwerin GmbH könnte außerdem im Rahmen ihres Hausrechtes ein Rauchverbot in den eigenen Haltestellen (Straßenbahnhaltestellen) einführen. Auch das ist nicht unproblematisch, weil die meisten Haltestellen in den öffentlichen Raum integriert sind – wo ein generelles Verbot nicht möglich ist.

Zudem ist aus Gründen der praktischen Umsetzbarkeit und Kontrolle die Möglichkeit für eine entsprechende Realisierung nicht gegeben. Insgesamt befinden sich 400 Haltestellen, einschließlich Ersatz- und Schulbushaltestellen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Schwerin. Diese sind nicht mit Flächen vergleichbar, wie sie bspw. auf Bahnhöfen der Deutschen Bahn mit gesonderten Raucherbereichen vorzufinden sind.

Der Prüfauftrag ist somit umgesetzt.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt:

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt:

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

keine

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister